

P o l i t i k /III/4

Hannover, 9. Januar 1948

Voraussetzung für eine Zwischenlösung
=====

Das Ergebnis der beiden Frankfurter Tage ist ein erneutes Provisorium. Erst in etwa zehn Tagen dürfte von Seiten der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte eine Charta vorgelegt werden, die das Fazit der bisher geführten Verhandlungen vom Standpunkt der angelsächsischen Alliierten aus zieht. Auch dazu wird dann zunächst wieder ein deutsches Gremium Stellung zu nehmen haben, das dann freilich solange tagen müssen, bis es die endgültige deutsche Stellungnahme festgelegt hat.

Es ist auch jetzt wieder nach Frankfurt festzustellen, dass die Instanz, die ein verfassungsdänliches Provisorium für die Westzone zu schaffen sich ansieht, die amerikanisch-englische Militärregierung ist, und dass die beteiligten deutschen Körperschaften nicht mehr als die Chance einer Korrektur haben. Der vorläufige Charakter der ganzen Beratungen kam auch dadurch zum Ausdruck, dass den Deutschen für die Stellungnahme zur umfangreichen alliierten Ausarbeitung nur 24 Stunden zur Verfügung standen und weiter, dass die Generale Clay und Robertson diese für die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit so sorgfältig wie möglich ausgearbeitete Stellungnahme nach einer internen Zwanzig-Minuten-Besprechung beantworteten, die während einer Sitzungsunterbrechung im Beratungsraum selbst stattfand.

Unter diesen Umständen ist es auch nicht richtig, den Eindruck zu erwecken (wie es z.B. der Nordwestdeutsche Rundfunk tat), als ob mit den beiden Beratungstagen in Frankfurt ein völlig neuer Abschnitt in dem Verhältnis der Besatzungsmächte zu Deutschland eingetreten sei. Im Kern ist dieses Verhältnis unverändert, denn die letzten Entscheidungen werden auch künftig nicht von einem gemeinsamen alliierten und deutschen Gremium, sondern allein von den Besatzungsmächten getroffen werden. Diese Feststellung entspricht nur der Notwendigkeit, vollkommene Klarheit darüber zu schaffen, wo für absehbare Zeit die letzte Verantwortung für die Situation in Deutschland liegen wird.

Es gibt noch viele sachliche Unterschiede, bei allem vorhandenem Willen zur Übereinstimmung. Sie erstrecken sich z.B. auf die Einrichtung

des sogenannten Chairman, des Vorsitzenden im ungebildeten Exekutivrat, der nach dem Willen der Amerikaner und Engländer zwar vom Wirtschaftsrat gewählt werden, die übrigen Mitglieder aber selbst vorgeschlagen soll, die dann zugleich die Direktoren der sechs Hauptverwaltungen sein würden. Die deutschen Vertreter unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei haben sich demgegenüber nachdrücklich dafür eingesetzt, dass jedes einzelne Mitglied des Gesamtdirektoriums unmittelbar vom Wirtschaftsrat ernannt wird und ihm auch verantwortlich ist, da es sich bei dieser künftigen Körperschaft eben nicht um eine Regierung, sondern nur um eine Institution mit Verwaltungsaufgaben handelt, die allenfalls regierungsähnlichen Charakter haben. So wird man auch sehr genau darauf zu achten haben, dass die beiden anderen Körperschaften, der Wirtschaftsrat und der bizonale Länderrat, nicht als eigentliche Parlamente firmieren, um von vornherein jeden Verdacht auszuschalten, als handele es sich bei diesen Einrichtungen um die Vorwegnahme echter demokratischer Vertretungen.

Eine besonders diffizile Frage ist das Einsprucherecht des Länderrats gegen Beschlüsse des Wirtschaftsrates, die ebenfalls noch nicht endgültig geklärt ist. Hier sollte nach sozialdemokratischer Auffassung der Einspruch bereits unwirksam werden, wenn der Beschluss des Wirtschaftsrates mit einfacher, nicht erst mit absoluter Mehrheit wiederholt wird. Auch die Frage der Fristen, innerhalb der ein Einspruch zu erfolgen hat, blieb unstritten. Die Sozialdemokraten treten für möglichst kurze Fristen ein. Sie haben auch versucht, die Frage der Einbeziehung Berlins in den Wirtschaftsrat und den Länderrat zur Debatte zu stellen. Mit der Ablehnung einer Diskussion darüber durch General Clay ist diese Frage nach sozialdemokratischer Auffassung noch nicht gelöst worden. Man betrachtet diese Forderung weiterhin als einen besonders wichtigen Schritt in dem Bemühen, alle Wege offen zu halten, die der Erhaltung der deutschen Einheit dienen können.

Gewiss ist es erfreulich, dass man weitgehende Übereinstimmung der nach Parteien und Institutionen geteilten deutschen Standpunkte in Frankfurt feststellen konnte. Aber diese Einigkeit bezieht sich vor allem auf Fragen der technischen Verwaltung, die Auffassungsdifferenzen in grundsätzlichen politischen bleiben gross. Es ist eine spätere Sorge, wie man mit ihnen fertig werden soll. Zunächst ist ein Schritt getan, der unvermeidlich war. Er hat aber nicht mehr als die Voraussetzungen für die Schaffung einer Zwischenlösung erbracht, aber, das kann anerkannt werden, einer Zwischenlösung, der erhebliche Bedeutung zukommen wird, wenn sie effektiv geworden ist. Ein Weststaat oder eine Westregierung sind vermisst und die Voraussetzungen für ein künftiges einheitliches Deutschland nicht beseitigt. Entscheidendes wird nun davon abhängen, ob es möglich sein wird, von der separatistischen Tendenz in der Ostzone loszukommen, die sich unter fremdem Einfluss schon bisher so schädlich ausgewirkt hat.

8. Januar 1948

Um die Menschenrechte

© 2. Genf, Anfang Januar

In Palais der Nationen, dem Völkerbundpalast, der durch die langen Kriegsjahre hindurch eine tote Pracht und nur von Putzfrauen und einigen Pförtnern belebt war und kaum einen Besucher hatte, ist seit längerer eine wenn auch nur nebenschauplatzartige internationale Betriebsamkeit wieder eingekehrt. Ursache dessen ist die Arbeitstagung der "Kommission für Menschenrechte der Vereinigten Nationen", die den Monat Dezember bis in die Vorweihnachtstage hinein ausfüllte und über das bisherige Mass hinaus hier stark beachtet worden ist. Wozu allerdings beitrug, wenn nicht gar ausschlaggebend war, dass die amerikanische Delegierte und Vorsitzende dieser Kommission, Mrs. Eleanor Roosevelt, als ihr geistiger Mittelpunkt und stärkste Potenz in der Sache angesehen wurde.

Eine Subkommission des "Wirtschafts- und Sozial-Rates" der Vereinten Nationen, fasst das "Uno-Drafting Committee on an International Bill of Human Rights" neben der Präambel und den Artikel 1, 55, 62, 68 und 76 vor allem auf Artikel 13, Absatz b, der United Nations Charter: "...und zu erleichtern für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion den Genuss der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten." Die Genfer Tagung hatte sich die konkrete Aufgabe einer Durchberatung und der schliesslichen Schaffung einer Internationalen Charta der Menschenrechte gestellt. Die Beschiebung der Tagung war entsprechend: die Delegierten von 18 Mitgliedstaaten der UN waren vollzählig beisammen; die von Belgien, Frankreich und Grossbritannien, die der Sowjetunion, der Ukraine, Weissrusslands und Jugoslawiens, die der USA, Chiles, Panamas, Uruguays, die Chinas und Indiens, die Persiens, Ägyptens und des Libanon, wie auch der Philippinen und Australiens. Kann man sich eine geschlossener und vollkommener Vertretung denken der Völker der Erdballs und ihrer Rassen und Farben und Religionen und miteinander vereinigt die Nationen und Mächte, die da herrschen und geieten, und die Nationalvölker, die doch die bevormundeten sind?

Die Genfer Tagung hatte wie alle in internationalen Beratungen ihre scharfen Auseinandersetzungen, ja gereizten Zusammenstösse, und ist dennoch mit der Annahme des Schlussberichtes, den Entwurf der Erklärung der Menschenrechte betreffend, zu ihrem vollen Erfolge gekommen. Doch - und hier liegt der Hase im Pfeffer - der Entwurf der Erklärung der Menschenrechte ist noch lange nicht die Konvention der Menschenrechte! Wie es um eine solche steht oder stehen wird, dafür diesen kurzen Dialog: Bogomolow, der Vertreter der Sowjetunion, bezeichnete die Vorlage wie überhaupt den Entwurf einer Konvention als "durchaus verfrüht". "Das bedeutet", replizierte der belgische Vertreter Dehousse, "aber keine definitive Zurückweisung?" "Ich bin damit einverstanden", lautete dazu Bogomolows Antwort.

Wie sollen diese Menschenrechte nun aussehen? In der Unabhängigkeitserklärung der USA vom 4. Juli 1776 wie in der französischen Verfassung von 1791 finden sich verankert an Grundrechten und -freiheiten des Menschen, was nun der Menschheit schlechthin ins Gedächtnis gerufen und zu verewirklichen ihr dringlichst aufgegeben wird: Alle Menschen sind frei geboren und sich an Würde und Rechten gleich. "Jeder Mensch hat ein Recht auf sein Leben, seine Freiheit und auf die Sicherheit seiner Person." Von Natur mit Vernunft und Gewissen ausgestattet, haben brüderlicher Geist und die Grundsätze demokratischer Staatsordnung diese Rechte

und Freiheiten zu statuieren und zu sichern, aber auch die Grenzen und Pflichten zu setzen, die die Gesellschaft dem Individuum auferlegt. Unabhängige und unparteiliche Gerichte haben das Individuum vor dem Staat und seiner Machtfülle und Übermacht zu schützen. Das Recht der Freizügigkeit und darin eingeschlossen die Auswanderung und Erwerbung anderer Nationalität, ist zu verwirklichen. Hierzu gehören die Proklamation zweier neuer Grundrechte, die wie folgt formuliert sind: "Jedes Individuum besitzt überall Rechtspersönlichkeit und genießt die fundamentalen Bürgerrechte". Und: "Jedes Individuum hat das Recht auf eine Nationalität. Kein Fremder, der gesetzlich zugelassen wurde, kann ohne Anhörung des Landes verwiesen werden." Erwähnen wir dann noch aus der Liste der öffentlichen Freiheiten neben den mindestens in den Demokratien selbstverständlichen der Gewissens-, Koalitions- und Meinungsfreiheit und ähnlich "das Recht, Petitionen einzureichen, auch bei den Vereinigten Nationen, während "das Recht, gegenüber staatlicher Unterdrückung und Tyrannei Widerstand zu leisten", als nicht konkret genug gefasst von Bogomolow beanstandet und also herausgestrichen wurde. Den Schluss bilden "das Recht auf Arbeit und angemessenen Lohn wie menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, das Recht auf kostenlose Schulbildung mit Einschluss des Zwangs zu den höheren Lehranstalten und der Universität für die Besornten, das Recht auf Schutz der Gesundheit durch Sicherstellung von Ernährung, Bekleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung, und schließlich das Recht der Minderheiten auf ihre kulturellen Eigenarten.

Übersehen wir nicht, dass die Welt vor Hitler und erst recht die gegenwärtige noch beträchtlich weit selbst von einer Anfangsverwirklichung der meisten dieser formulierten Menschenrechte und -freiheiten entfernt ist! - Erinnern wir uns aber noch des erwähnten Entwurfs der Konvention der Menschenrechte, der tatsächlichen "Bill of Human Rights". Und wir werden uns gestehen müssen, dass die Bereitwilligkeit wohl einer beträchtlichen Anzahl von Staaten zur legislativen Verankerung und Sicherung wie der gesetzlichen Durchführung einer solchen Konvention der Menschenrechte nicht so ohne weiteres gegeben erscheint. Die Verwirklichung der verzeichneten Grundrechte und -freiheiten des Menschen bleibt umso mehr ein Akt zu höherer sittlicher Entwicklung oder gar revolutionären Kinofe der Menschheit.

----- Regierungskrise in Niedersachsen? -----

von + +

Die Behandlung der Vorlagen zur Bodenreform in der letzten Sitzung des Niedersächsischen Landtags wurde mit der knappen Mehrheit von fünf Stimmen im Hammelsprung vertagt. Der Vertagungsantrag kam von der Rechten des Hauses. Uns scheint, dass die Rechte damit weniger eine längst fällige Debatte vertagen wollte, als vielmehr eine Regierungskrise. Sie hat offenbar erkannt, dass die Sozialdemokraten weniger an einer Koalition von der immerhin ungewöhnlichen Form eines Allparteienkabinetts interessiert sind, als daran, nun endlich Entscheidendes zur Einlösung ihrer Wahlversprechen zu tun. Wenn dieses Allparteienkabinetts keine Eignung zur ordentlichen Lösung brennender Fragen nachweisen kann, sehen die Sozialdemokraten keinerlei Veranlassung, einer ausgeschalteten Koalition zuliebe sich in der Verfolgung ihrer Ziele hängen zu lassen.

Daraus sollte die Lehre gezogen werden können, dass mindestens ein Teil der Rechten allfällige Neuwahlen unter der Parole "Bodenreform" fürchtet. Wenn man bedenkt, dass von der Bodenreform selbst nach dem Willen der SPD kaum mehr als 700 Grossgrundbesitzer betroffen würden, dagegen - ganz abgesehen vom Politischen - einigen Tausenden eine bodenständige Existenz neu geschaffen würde, kann man die Sorge vor Neuwahlen verstehen.

Aber vielleicht hofft die Rechte auch, durch ihre Verzögerungstaktik der Bestimmung der Militärreierung Geltung zu verschaffen, nach der Grundbesitz über 150 ha oder 200.000 Mark Einheitswert erhalten bleibt, statt dass - wie die Sozialisten im Interesse der Vertriebenen und Landarmen verlangen - 100 ha oder 130.000 Mark Einheitswert die Grundlage der Reform bilden.

Sie unterschätzen dann allerdings zweierlei - einmal den Willen der Militärregierung, deutsche Angelegenheiten von deutschen Parlamenten mindestens beeinflussen zu lassen, zum andern den Willen der Sozialdemokratie, nur dann mitzuregieren, wenn das von Vorteil für die Schichten des Volkes ist, die dieser Hilfe am dringendsten bedürftig sind. Dafür gab die SPD in Frankfurt ein Beispiel, dem weitere folgen könnten!

Nun kann man allerdings in dieser Frage kaum mehr von einem geschlossenen Rechtsblock sprechen. Wir denken dabei an die merkwürdige Wahllehre zwischen CDU und NLP (die sich heute DP nennt und dadurch nicht besser wurde). Die Lage der CDU-Politiker ist schon deshalb nicht leicht, weil in der Wahl der politischen Mittel die DP ein weiteres Gewissen hat als die CDU. Die DP versucht, schlechterdings das Sammelbecken aller Nationalisten in Deutschland zu werden. Die CDU möchte die Flüchtlingsstimmen nicht verlieren. Die DP fährt in ihrer alten Taktik fort, jeden, der heute für eine ordentliche Bodenreform eintritt, als einen Agenten der Besatzungsmächte zu denunzieren. Die SPD kann das nicht treffen, denn sie hat früher noch als die Besatzungsmächte die Bodenreform gefordert. Und die übrigen Parteien? - Sie schwanken noch, vor dieser chauvinistisch-dummen Verleumdung ins Mauseloch zu kriechen oder ihre Flüchtlingsstimmen zu pflegen. Mit Politik hat das allerdings nichts zu tun. Und die SPD wird es ihnen nicht möglich machen, im Mauseloch zu bleiben.

Die Stimmen, die von einer bevorstehenden Regierungskrise in Niedersachsen sprechen, erkennen offenbar den entschlossenen Willen der Sozialdemokratie an. Sie werden auch den absoluten Willen der SPD kennen, nur eine Bodenreform durchzuführen, die diesen Namen verdient.

Die nächsten Wochen werden zeigen, wer von beiden das Kabinett verlässt. Eine Änderung in der Zusammensetzung des Kabinetts ist unvermeidlich. Gegen den Willen der Sozialdemokraten wird dieser Landtag kaum mehr eine neue Regierung zustandebringen, denn die Einigkeit der Rechten gilt nur dem Negativen. Die SPD sieht der Entwicklung mit der Ruhe dessen entgegen, der genau weiss, was er will und der zudem weiss, dass die Masse des Volkes diesen Kampf versteht, ja nach ihm verlangt!
(h/B41e/81/2/he)

Der erste weibliche Gewerkschafts-Generalsekretär

Schon einmal machte die jetzt 53-jährige Engländerin Dame Anne Loughlin auf sich aufmerksam, als sie 1943 als erste Frau zur Präsidentin des Englischen Gewerkschaftskongresses (TUC) gewählt wurde. Jetzt ist sie als erste Frau zur Generalsekretärin einer der führenden englischen Gewerkschaften berufen worden. Mit 32.712 Stimmen erhielt sie bei der Abstimmung eine überwältigende Mehrheit gegenüber den mit ihr um den Posten kandidierenden fünf Männern, unter denen sich auch ein Kommunist befand, und wurde so Nachfolgerin Mr. Andrew Conleys als Generalsekretär der Nation Union of Tailors and Garment Workers. Dame Anne Loughlin musste bereits mit 12 Jahren in einer Kleiderfabrik den Lebensunterhalt ihrer vierköpfigen Familie verdienen und spielt seit Jahren in der englischen Gewerkschaftsbewegung eine führende Rolle. (m/B65/2/91/he)

Francos Finanzier gestorben

Wie Thyssen, Schröder und Krupp als Repräsentanten des deutschen Grosskapitals und der Schwerindustrie die Nazis finanzierten, so wurde die spanische Falange Francos durch ein Triumvirat führender Rechtsanwälte finanziert. Es handelte sich um Juan March, um Francisco Carró und um José Lazaro, der jetzt als 85-jähriger in seiner Madrider Frankvilla verstorben ist. Lazaro, der eigentliche "Kopf" der drei Franco-Finanziers, hinterliess dem spanischen Staat ein Vermögen von rund 500 Millionen RM., darunter eine grosse Bildersammlung, die Dutzende von Gemälden der spanischen Meister Goya, Velasquez und El Greco umfasste, die in versiegelten Räumen in Paris, London und New York aufbewahrt wurden. (m/B65/2/91/he)

Internationale Faschisten-Bestrebungen

In letzter Zeit häufen sich die Anzeichen für ein Wiederaufleben des Faschismus in zahlreichen europäischen und nichteuropäischen Ländern. Neuerdings machen sich sogar Bestrebungen innerhalb dieser Bewegungen bemerkbar, internationale Verbindungen herzustellen und eine Art faschistischer Internationale zu schaffen. So hat der englische Schwarzhemden-Führer, Sir Oswald Mosley, die Beziehungen zur "Neuen Ordnung-Bewegung" des Südafrikaners Oswald Pirow aufgenommen, der zu den fanatischsten Anhängern des Nationalsozialismus zählte, von 1933 bis 1939 südafrikanischer Verteidigungsminister war und nach Kriegsausbruch die Opposition im südafrikanischen Parlament führte. Er ist ob seines Rassenhasses berüchtigt und wurde vor kurzem erst wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten zu einer Geldstrafe verurteilt. Auch mit Seward Collins, dem steinreichen Mäzen der faschistischen Organisationen in den USA, sind die englischen Faschisten in Verbindung getreten und weitere Fäden sind mit den schwedischen Nationalsozialisten angeknüpft worden, die in den vergangenen Monaten zahlreichen ehemaligen Nazis zur Flucht nach Südamerika verholfen haben. (m/B23/91/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau